Überlebendenverbände

Erinnerungsgemeinschaften und politische Akteure im Kalten Krieg

Wien, 19. bis 21. April 2021
Online-Workshop
Link: https://us02web.zoom.us/j/81599632847

WIENER WIESENTHAL INSTITUT
FÜR HOLOCAUST-STUDIEN (VWI)

ÖAW IKT – INSTITUT FÜR KULTURWISSENSCHAFTEN UND THEATERGESCHICHTE

DOW Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

COLLEGIUM CAROLINUM

Foto: Kranzniederlegung der FIR-Delegation am Internationalen Mauthausen-Treffen 1955
(Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes)

Simon Wiesenthal Workshop 2021

Abstracts & CVs

Gefördert von:

Stadt Wien Kultur

Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung

Bundeskanzleramt

NATIONALFONDS DER REPUBLIK ÖSTERREICH FÜR OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

ZukunftsFonds der Republik Österreich

Panel 1: Ausformungen von Überlebendenerinnerungen zwischen Organisationen, KZ-Gedenkstätten und Familiengedächtnissen

Alexander Prenninger
Zwischen Nähe und Distanz. Zur Bedeutung von Überlebendenorganisationen in den Erinnerungen von Überlebenden des Konzentrationslagers Mauthausen 5

Christian Rabl
Umkämpftes Erinnern. Zur Entstehung der KZ-Gedenkstätte Melk 6

Andreas Kranebitter / Maria Pohn-Lauggas
Ohne Verband. Zur Bedeutung der Überlebenden-Verbände im Familiengedächtnis stigmatisierter KZ-Überlebender 7

Daniel Schuch
Buchenwald und Bergen-Belsen im Kalten Krieg. Überlebendenverbände als Akteure in KZ-Gedenkstätten 8

Filmvorführung: „La Bataille du rail“

Panel 2: Auf dem Weg zu einer transnationalen Erinnerungskultur (?)

Markus Wegewitz
Aporien einer Meistererzählung.
Das Comité International de Dachau, Paul Berben und die ‚offizielle‘ Geschichte des Konzentrationslagers 11

Maximilian Becker
Die Widerstandserinnerung der „Fédération Internationale des Résistants (FIR)” im Kalten Krieg 12

Juliette Constantion
Erinnerungspraxen dreier französischen Organisationen von KZ-Überlebenden im internationalen Kontext (1945-2015) 13

Panel 3: Politisches Engagement von Überlebenden im Kontext des Kalten Krieges

Henning Fauser
„Haben wir das Recht, unpolitisch zu sein?“
Auseinandersetzungen ehemaliger französischen KZ-Häftlinge über das politische Engagement ihrer Verbände 15

Johannes Meerwald
Das antifranquistische Gedächtnis der „Federación Española de Deportados e Internados Políticos“ im Exil 16

Kristina Meyer
Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten 17

Keynote

Brigitte Bailer
Die Überlebendenverbände: von Solidarität und Selbsthilfe zu Opferkonkurrenz und politischer Instrumentalisierung 18

Panel 4: Opfer rassistischer Verfolgung und der Kampf um Entschädigung

Kinga Frojimovics
The Holocaust Library and Research Center of San Francisco.
The Beginnings of an American Grassroots Organization of Holocaust Survivors in the USA in the 1970-80’s 20

Gaëlle Fisher
The United Restitution Organization and Romanian Jewish Survivors’ Struggle for Compensation from West Germany during the Cold War 21

Petre Matei
Jewish and Roma Survivors’ Associations in Communist Romania and their Efforts at German Compensation 22

Panel 5: Erinnerungen weiblicher KZ-Häftlinge und das Streben nach einer Bestrafung der NS-TäterInnen

Pavla Plachá
Das Gedenkmonopol der ehemaligen tschechoslowakischen kommunistischen Haftlingsfrauen des Konzentrationslagers Ravensbrück, seine Veränderungen und Konsequenzen 24

Helga Amesberger / Brigitte Halbmayr
Die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück. (K)ein feministischer Verband im Dienste der Erinnerungspolitik 25

Nadine Jenke
Flexibilität und Synergien. NS-Verfolgte und die Teilhabe an der Strafverfolgung von NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten 26

Katharina Stengel
Die Rolle der Überlebenden in den bundesdeutschen Auschwitz-Prozessen 27

Panel 1: Ausformungen von Überlebendenerinnerungen zwischen Organisationen, KZ-Gedenkstätten und Familiengedächtnissen

Montag, 19. April 2021
14:30 – 16:20 Uhr

Chair: Heidemarie Uhl (Österreichische Akademie der Wissenschaften, ÖAW)

---

heidemarie.uhl@oeaw.ac.at

Heidemarie Uhl, Priv. Doz. Mag. Dr. phil., Historikerin am IKT Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Wien und Lehrbeauftragte an den Universitäten Wien und Graz. Habilitation in Allgemeiner Zeitgeschichte an der Universität Graz. Sie ist Mitglied im Editorial Board von Zeitgeschichte und Contemporary Austrian Studies. Uhl war Research Fellow am IFK Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften Wien und am Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas. Gastprofessuren an der Hebrew University Jerusalem, der Universität Strasbourg, der AUB Andrássy University Budapest und an der Stanford University CA. Uhl ist Mitglied der Austrian Delegation to the IHRA International Holocaust Remembrance Alliance und Mitglied (stv. Vorsitzende) des Internationalen wissenschaftlichen Beirats des Hauses der Geschichte Österreich, stv. Vorsitzende der Militärhistorischen Denkmalkommission am Verteidigungsministerium, Vorsitzende des Beirats zur Errichtung von Gedenk- und Erinnerungszeichen der Stadt Wien (MA 7) und Mitglied der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Forschungsschwerpunkte: Memory Studies – Gedächtniskultur und Geschichtspolitik mit Schwerpunkt Nationalsozialismus / Zweiter Weltkrieg / Holocaust, Österreichische Zeitgeschichte im europäischen Kontext, Kultur und Identität in Zentraleuropa um 1900.

Alexander Prenninger
(Ludwig Boltzmann Institute for Digital History)

Zwischen Nähe und Distanz. Zur Bedeutung von Überlebendenorganisationen in den Erinnerungen von Überlebenden des Konzentrationslagers Mauthausen

Die Ausformung einer ganz spezifischen Gedenkkultur in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen in der Zeit des Kalten Krieges ist ganz wesentlich von Überlebendenorganisationen geprägt worden. Im Vergleich zu west- und ostdeutschen KZ-Gedenkstätten hatte die lange Absenz staatlicher Geschichtspolitik an diesem Ort den Einfluss der Überlebenden auf die Gestaltung der Denkmalsarchitektur und der Befreiungsfeiern gestärkt. Seit den 1990er-Jahren ist dieser Einfluss aus zwei Gründen merklich gesunken: Einerseits ist „Mauthausen" zunehmend als „österreichischer" Gedenkort wahrgenommen und die Gedenkstättenarbeit professionalisiert worden, andererseits sind aufgrund des hohen Alters und Ablebens der meisten Überlebenden mittlerweile die Kinder oder Enkelkinder in diese Organisationen nachgerückt, deren Stimme bei weitem nicht so stark wie jene der Überlebenden selbst gehört wird.

So sehr die Bedeutung der (nationalen und internationalen) Überlebendenorganisationen für die Entwicklung der KZ-Gedenkstätte nach 1945 betont werden muss, bildeten sie doch nicht einfach einen Spiegel der Gesamtheit der Überlebenden. Dies zeigt sich besonders in der Dominanz ehemaliger „politischer" Häftlinge bis zur „Erinnerungswende" in den 1990er-Jahren. Die Überlebendenorganisationen verstanden sich oft auch als Wächter der „richtigen" Erinnerung an Mauthausen.

In diesem Beitrag soll anhand einer Analyse von Interviews des 2002/03 durchgeführten „Mauthausen Survivors Documentation Project" (MSDP) untersucht werden, welche Bedeutung Zusammenschlüsse von Überlebenden für diese selbst hatten. Warum sind sie solchen Organisationen beigetreten? Warum haben sie sich den Organisationen schon bald nach der Befreiung angeschlossen oder, wie manche Interviews zeigen, erst Jahrzehnte später? Manche Überlebende blieben überhaupt von solchen Organisationen ausgeschlossen oder blieben ihnen selbst fern, sei es aus politischen oder persönlichen Gründen.

Die Interviews des MSDP zeigen ein vielfältiges Spektrum dessen, wie sich Überlebende zu „ihren" Organisationen verhalten konnten, wie sich dieses Verhältnis im Lauf der Zeit verändern konnte (oder auch nicht) und welche Bedeutung sie solchen Zusammenschlüssen beimaßen.

Alexander.Prenninger@geschichte.lbg.ac.at

Alexander Prenninger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann Institute for Digital History (LBIDH) in Wien/Salzburg und Lektor am American Institute for Foreign Study (AIFS) Salzburg Study Center der Richmond – The American International University London. Er war bis 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft (LBIHS) und bis 2019 Lektor an der Universität Salzburg. Forschungsschwerpunkte: Konzentrationslager und Lagergesellschaft, Deportations- und Evakuierungstransporte, Erinnerungsgeschichte, Oral History und Quantifizierung, historische Netzwerkanalyse. Er ist Mitherausgeber der vierbändigen Reihe "Europa in Mauthausen. Geschichte der Überlebenden eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers" (2021/22).

Christian Rabl
(Verein MERKwürdig - Zeithistorisches Zentrum Melk)

Umkämpftes Erinnern. Zur Entstehung der KZ-Gedenkstätte Melk

Die KZ-Gedenkstätte Melk im ehemaligen Krematorium des im April 1944 errichteten KZ-Außenlagers Melk ist (neben den Gedenkstätten Mauthausen, Gusen und Ebensee) einer der zentralen österreichischen Gedenkorte für die Verbrechen der NS-Zeit. Jährlich frequentieren rund 4.000 Menschen (in Gedenkjahren deutlich mehr) den Ort, ca. die Hälfte davon Schüler*innen, Jugendliche und Grundwehrdiener im Rahmen gedenkstättenpädagogischer Rundgänge.

Im Gebäude ist bis heute ein Verbrennungsofen der Firma Kori erhalten, in dem binnen vier Monaten die sterblichen Überreste von rund 3.500 KZ-Zwangsarbeitern verbrannt wurden. Insgesamt wurden im KZ Melk (Deckname „Projekt Quarz“) binnen eines Jahres fast 5.000 der rund 14.400 internierten Häftlinge ermordet. Sie starben hauptsächlich an den Folgen der auszehrenden Zwangsarbeit im Stollenbau unter dem „Wachberg“ bei Roggendorf, wo eine unterirdische Wälzlagerfabrik für die Steyr-Daimler-Puch-AG errichtet wurde.

Während das ehemalige KZ-Areal am Gelände der Biragokaserne – als „Durchgangslager für sudeten- und volksdeutsche Umsiedler*innen“, später als ziviler Wohnort und ab 1956 erneut als Kaserne – durchgehend genutzt wurde, verfiel das ehemalige Krematorium zusehends. Der schlechte bauliche Zustand wurde vom niederösterreichischen KZ-Verband ebenso öffentlich kritisiert, wie von der französischen Häftlingsorganisation „L’Amicale de Mauthausen“. Die NÖ- Landesregierung forderte Ende 1948 die Schleifung des Gebäudes, da ansonsten „[…] uns Oesterreichern die von den Reichsdeutschen verbrochenen Greueltaten zur Last gelegt werden [könnten].“[1] Letztlich blieb das Gebäude aber doch erhalten, wurde 1962 zum „öffentlichen Denkmal“ erklärt und in die Obhut des Bundesministeriums für Inneres übergeben.

Der Vortrag versteht sich als Werkstattbericht zu dem seit Kurzem laufenden Forschungsprojekt „Umkämpftes Erinnern: Die Geschichte der KZ-Gedenkstätte Melk“. Gefragt wird u.a. nach den Akteuren, die sich für die Erhaltung des Gedenkortes einsetzten, nach den Widerständen, die es zu überwinden galt und nach etwaigen Netzwerken, die sich in diesem Prozess etabliert haben. Neben der schon erwähnten L’Amicale de Mauthausen sowie dem niederösterreichischen KZ-Verband werden hier insbesondere Vertreter*innen der französischen bzw. sowjetischen Besatzungsbehörden mit in den Blick genommen.

[1] NÖLA, Niederösterreichische Landesregierung, 30.11.1948

christian.rabl@melk-memorial.org

Dr. Christian Rabl, wiss. Leiter Zeithistorisches Zentrum Melk, forscht zu KZ-Geschichte, Nachkriegsjustiz, Public History; Studium der Politikwissenschaft; Träger des „Mauthausen-Memorial-Forschungspreises“ 2018 für die Dissertation „Der KZ-Komplex Mauthausen vor Gericht“; in Melk u.a. zuständig für inhaltliche und organisatorische Betreuung der KZ-Gedenkstätte Melk; seit 2016 beteiligt an dem Doku- und Vermittlungsprojekt „Zwischenräume“ (Museum Erlauf Erinnert); Obmann der Gedenkinitiative St. Aegyd am Neuwalde; Publikationen (Auswahl): Das KZ-Außenlager St. Aegyd am Neuwalde (Mauthausen-Studien, 6), Wien 2008; Am Strang. Die österreichischen Angeklagten in den Dachauer Mauthausen-Prozessen, Wien 2018; Mauthausen vor Gericht. Nachkriegsprozesse im internationalen Vergleich (Mauthausen-Studien, 13), Wien 2019.

Andreas Kranebitter / Maria Pohn-Lauggas
(Karl-Franzens-Universität Graz) / (Georg-August-Universität Göttingen)

Ohne Verband.
Zur Bedeutung der Überlebenden-Verbände im Familiengedächtnis stigmatisierter KZ-Überlebender

Die nationalsozialistische Kriminalpolizei etikettierte Tausende mehrfach Vorbestrafte als „Berufsverbrecher" und deportierte sie in Konzentrationslager. Sie zählen zu jenen NS-Opfergruppierungen, die bald nach 1945 keine Aufnahme in Überlebenden-Verbände fanden und deren vielfältige Geschichten und Erfahrungen bis in die Gegenwart verleugnet werden. Tauchen sie im öffentlichen Erinnerungsdiskurs auf, tun sie dies ausschließlich als Funktionshäftlinge, als „Kapos", als „verlängerter Arm der SS" in den Häftlingsgesellschaften nationalsozialistischer Konzentrationslager.

Ein Fokus auf zahlreiche Fallgeschichten legt offen, dass ihre Ausgrenzung nicht 1945, sondern erst Ende der 1940er-Jahre im Kontext des Kalten Krieges geschah – das damit verbundene Ende der Entnazifizierung brachte Überlebendenverbände in die Defensive, in der sie ihre Reihen von „unbequemen" Opfern säuberten. Für das KZ Mauthausen lässt sich belegen, dass Dutzende im NS als „Berufsverbrecher" etikettierte Überlebende Antrag auf Aufnahme in den KZ-Verband stellten oder als Mitglieder ausgeschlossen wurden, Hunderte stellten darüber hinaus Anträge auf Anerkennung nach dem Opferfürsorgegesetz. Eine feinanalytische Interpretation dieser Akten legt die mit dem Kalten Krieg verbundenen Diskursverschiebungen offen, die uns von einer zweiten Stigmatisierung nach 1945 sprechen lassen.

Die fehlende Teilhabe an Überlebenden-Verbänden bedeutet neben dem Fehlen eines Zugangs zu Entschädigung auch, die eigenen Verfolgungserfahrungen nicht im Rahmen der von den Verbänden entwickelten Gegen-Gedächtnisse nach 1945 bearbeiten zu können. Das österreichische Gedächtnis und die öffentliche Erinnerungskultur – bis in die 1980er-Jahre von der Opferthese dominiert – verleugnen die Verfolgungsvergangenheit dieser NS-Opfergruppierung bis heute. Bedenkt man die Bedeutung von Kollektiven für die Erinnerung, hat diese Gedächtnisfiguration nicht nur auf individuelle Erinnerungen Auswirkungen, sondern auch auf die Gestalt von Familiengedächtnissen.

In diesem Vortrag werden wir auf Basis einer Kontrastierung narrativer Interviews mit Nachkommen mit historischen Fallrekonstruktionen aufzeigen, wie sich die Konstruktionsprozesse von Familiengedächtnissen von Nachkommen von sogenannten Berufsverbrechern vor diesem Hintergrund darstellen. In welcher Weise wurde die Verfolgungsgeschichte des deportierten Angehörigen im Familiengedächtnis thematisiert bzw. nicht thematisiert? Was wurde und wird über diese Vergangenheit „gewusst" und was wird vergessen? Wie formte das (Nicht-)Wissen um eine stigmatisierte Verfolgungsvergangenheit die Familiengedächtnisse seit 1945 und den sich verändernden historisch-kulturellen Kontexten in Österreich?

andreas.kranebitter@uni-graz.at / maria.pohn-lauggas@uni-goettingen.de

Dr. Andreas Kranebitter, Politikwissenschaftler und Soziologie, ist geschäftsführender Leiter des Archivs für die Geschichte der Soziologie in Österreich an der Universität Graz. In seiner Dissertation hat er sich mit den „Berufsverbrechern" des KZ Mauthausen beschäftigt. Jüngste Veröffentlichungen: Andreas Kranebitter (2020): Rebels without a cause? 'Criminals' and fascism in The Authoritarian Personality, Journal of Classical Sociology, online first (im Erscheinen); Andreas Kranebitter/Christoph Reinprecht (Hg.) (2019): Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich, Bielefeld: Transcript.

Prof. Dr. Maria Pohn-Lauggas, Soziologin, Georg-August-Universität Göttingen, Forschungsprojekte: "Widerstand im NS und seine intergenerationale Tradierung in österreichischen Familien" (2013-2016, FWF Herta-Firnberg Forschungsstelle); „Gemeinschaftsfremde" und „Staatsfeinde": Intergenerationale Handlungs- und Erinnerungsstrukturen in Familien stigmatisierter NS-Opfer in Österreich und Deutschland (Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG), 2021-2024). Jüngste Veröffentlichungen: Pohn-Lauggas, Maria (2019): Memory in the shadow of a family history of resistance: A case study of the significance of collective memories for intergenerational memory in Austrian families, in: Memory Studies, pp. 1-17 (online first); Pohn-Lauggas, Maria (2020): Victimisation and gender. The myth of the Trümmerfrauen and its present use(fulness), in: Günter Bischof and Marc Landry, eds., Christian Karner, guest ed., Myths in Austrian History: Construction and Deconstruction, Contemporary Austrian Studies 29, 193-190.

Daniel Schuch
(Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Buchenwald und Bergen-Belsen im Kalten Krieg. Überlebendenverbände als Akteure in KZ-Gedenkstätten

Zentrales Merkmal aller NS-Konzentrationslager war die Gruppierung der Verschleppten in verschiedene Häftlingskategorien, die sich massiv auf die Interpretationen der Lagergeschichten in der Nachkriegszeit auswirkten. Im 1937 errichteten KZ Buchenwald hatten sich die Politischen Häftlinge, davon ein Großteil Kommunisten, an die Spitze der Häftlingshierarchie gekämpft. Das KZ Bergen-Belsen bildet mit der massenhaften Internierung von jüdischen Gefangenen als Geiseln im Deutschen Reich von 1943-45 einen Sonderfall sowohl innerhalb des KZ-Systems als auch für die Geschichte der Shoah. Am gleichen Ort befand sich von 1940-45 auch ein Lager für sowjetische Kriegsgefangene, das unter den Prämissen des Kalten Krieges jedoch kaum erinnert wurde. Die Eröffnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen im Jahr 1952 etablierte einen nationalen Erinnerungsort in der Bonner Republik, jedoch wurden im 1966 errichteten Dokumentationszentrum fast ausschließlich die jüdischen Opfer des KZ erinnert. Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs wurde mit der Eröffnung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald im Jahr 1958 eine zentrale Projektionsfläche des in der DDR zur Staatsdoktrin verordneten Antifaschismus erschaffen. Doch bis Mitte der 1950er-Jahre war die dortige Erinnerung an das KZ noch ambivalent und konfliktreich.

Das Erkenntnisinteresse des Projektes ist es, die nachträgliche (Selbst-)Repräsentation der verschiedenen Häftlingsgruppen in beiden Gedenkstätten in Ost und West sowie deren geschichtskulturelle Bedeutung kritisch zu hinterfragen: Welche ehemaligen Gefangenen wurden in der Öffentlichkeit erinnert, welche wurden marginalisiert? Mit Blick auf die „Aktivisten der ersten Stunde“ (Michelmann 2002), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – die in beiden deutschen Staaten aktiv war – werden Einblicke in die teils widersprüchlichen Praxen der Erinnerung an den NS im Allgemeinen und die beiden KZs im Speziellen deutlich. In Buchenwald war die VVN bis zu Ihrer Auflösung im Jahr 1953 einer der zentralen Akteure in der Organisation der Erinnerung an „Opfer des Faschismus“, was neben „Politischen“ auch diverse andere Häftlingsgruppen umfasste. In der Gedenkstätte Bergen-Belsen wiederum war es die VVN, welche den aus der Erinnerung verdrängten sowjetischen Kriegsgefangenen gedachte. Inwiefern haben sich die kollektiven Aktivitäten der VVN auf die Gestaltung der Gedenkstätten im Kalten Krieg ausgewirkt?

daniel.schuch@uni-jena.de

Daniel Schuch, Historiker, *1988 in Saarbrücken (DTL), ist PostDoc und forscht zur Zeugenschaft des Holocaust sowie zu Überlebendenorganisationen. Von 2008-2015 studierte er Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie an der TU Dresden und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Von 2016-2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Europäischen Kolleg Jena; 02-09/2020 Mitarbeiter in der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora; seit 10/2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit der Universität Jena. Im November 2020 schloss er seine Dissertation über Transformationen der Zeugenschaft des Holocaust ab und bereitet aktuell einen Sammelband zum Thema „Organisiertes Gedächtnis. Kollektive Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik“ als Mitherausgeber vor.

Filmvorführung: „La Bataille du rail“
F 1946, 85 Min., Französisch/Deutsch mit englischen Untertiteln

Montag, 19. April 2021
16:50 – 19:00 Uhr

Einleitung: Daniel Mollenhauer (Ludwig-Maximilians-Universität München)

---

daniel.mollenhauer@lmu.de

Daniel Mollenhauer studierte Geschichte, Politikwissenschaft und öffentliches Recht in Freiburg und Grenoble. Er wurde mit einer Arbeit über die radikalen Republikaner in den Anfangsjahren der Dritten Französischen Republik in Freiburg promoviert. Seine Forschungsinteressen liegen in der Geschichte des nachrevolutionären Frankreich, in der vergleichenden Nationalismusgeschichte und in der Geschichte der Erinnerungskulturen. Er arbeitet als „Lehrkraft für besondere Aufgaben“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Panel 2: Auf dem Weg zu einer transnationalen Erinnerungskultur (?)

Dienstag, 20. April 2021
14:00 – 15:30 Uhr

Chair: Kerstin von Lingen (Universität Wien)

---

kerstin.von.lingen@univie.ac.at

Prof. Dr. Kerstin von Lingen, M.A., ist Historikerin an der Universität Wien, Professur für Zeitgeschichte (Vergleichende Diktatur-, Gewalt- und Genozidforschung). Zuvor war sie am Exzellenzcluster „Asia and Europe in a Global Context" sowie am Historischen Seminar der Universität Heidelberg tätig. Am Exzellenzcluster leitete sie eine Nachwuchsgruppe zum Thema Kriegsverbrecherprozesse in Asien, aus der vier Dissertationen hervorgingen. Gastprofessuren führten Sie an die ULB Brüssel (2016) und nach Wien (2017), sowie im Rahmen eines Fellowships ans Lauterpacht Centre for International Law, Cambridge (2018). Ihre Forschungsschwerpunkte gelten der Genozid- und Gewaltgeschichte, insbesondere dem Holocaust, Dekolonisierungsprozessen (mit Schwerpunkt Asien), den deutsch-italienischen Beziehungen, zeithistorischer Rechtsgeschichte, Studien zu Memory, Identity and Apology, sowie der Migrations-und Zwangsarbeitsforschung.

Markus Wegewitz
(Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Aporien einer Meistererzählung. Das Comité International de Dachau, Paul Berben und die ‚offizielle' Geschichte des Konzentrationslagers

1968 erschien die Histoire du camp de concentration de Dachau (1933-1945) des belgischen Militärhistorikers Paul Berben. Es war ein in vieler Hinsicht besonderes Buch mit einer langjährigen Entstehungsgeschichte. Als Auftragswerk hatte es Berben, der selbst kein Überlebender eines deutschen Zwangslagers war, für das Internationale Komitee der ehemaligen Gefangenen von Dachau (das Comité International de Dachau / CID) verfasst. Ich verstehe das Werk als Versuch, aus den sehr pluralen Interessen und historischen Erfahrungen der Überlebenden des Lagers ein gemeinsames Narrativ zu verhandeln. Berbens Buch durchlief in seinen einzelnen Kapiteln einen intensiven Begutachtungsprozess innerhalb des CID, einer eigens eingerichteten Geschichtskommission und in den einzelnen Mitgliedskomitees, in dessen Verlauf der Konsens im CID zwischen kommunistischen und nicht-kommunistischen Überlebenden auf eine Bewährungsprobe gestellt wurde.

Anhand des kaum erschlossenen Archivs des CID und der Korrespondenz in diversen Nachlässen wichtiger Funktionäre (Hans Schwarz, Oskar Müller, Nicolaas Rost und Georges Walraeve) möchte ich diese Konflikte nachzeichnen und sie in Beziehung zu anderen Versuchen der Überlebenden setzen, sich auf eine gemeinsame Interpretation der Geschichte des Konzentrationslagers Dachau zu verständigen. Dazu werde ich die Broschüre Konzentrationslager Dachau von Nico Rost und die in der Gedenkstätte 1965 eröffnete Dauerausstellung heranziehen.

Die Suche nach einem offiziellen Geschichtsbild, das nach außen hin vertreten und auch als politisches Kapital genutzt werden sollte, scheiterte schließlich an den Widersprüchlichkeiten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gemeinschaft der Überlebenden. Seine angedachte Rolle konnte Berbens Buch nie erfüllen. Das Werk bietet aber einen Einblick in das historische und politische Selbstverständnis der Überlebendenorganisation.

Mein Vortrag basiert auf den Forschungen zum antifaschistischen Engagement der Überlebenden des Nationalsozialismus im Rahmen meines Dissertationsprojekts.

markus.wegewitz@uni-jena.de

Markus Wegewitz ist Historiker und hat von 2009 bis 2016 in Halle, Jena und Amsterdam studiert. Er war freier Mitarbeiter im ERC-Project „Securing Europe, Fighting Its Enemies, 1815-1914" und Associated Researcher am Institute voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies (NIOD). Sein Dissertationsprojekt „Kultivierter Antifaschismus. Nicolaas Rost und der lange Kampf gegen den Nationalsozialismus, 1919-1967" verfolgt er am Europäischen Kolleg der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Außerdem ist er als freier Historiker im Projekt „Das Bundespräsidialamt und der Nationalsozialismus" sowie bei der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora tätig.

Maximilian Becker
(Österreichische Akademie der Wissenschaften, ÖAW)

Die Widerstandserinnerung der „Fédération Internationale des Résistants (FIR)" im Kalten Krieg

Der Vortrag wird die Geschichte der FIR, des wichtigsten pro-kommunistischen internationalen Verfolgtenverbandes während des Kalten Krieges skizzieren. Im Mittelpunkt stehen ihre Erinnerungspolitik und die Involvierung in die Auseinandersetzungen des Ost-West-Konflikts, die am Beispiel einiger ihrer wichtigsten Aktivitäten sowie von Biographien einiger ihrer leitenden Personen aufgezeigt werden. Zu fragen ist nach den politischen Konflikten zwischen der FIR und ihren antikommunistischen Gegnern wie der Union Internationale de la Résistance (UIRD). Darüber hinaus wird danach gefragt, ob die FIR eine transnationale Erinnerung an Antifaschismus und Widerstand schuf. Wie wurden ihre antifaschistischen Aktivitäten in ein breiteres Netzwerk von internationalen Organisationen wie dem Weltfriedensrat oder der World Veterans Federation eingebunden?

Quellen sind Veröffentlichungen der Verbände (besonders die FIR-Zeitschrift Der Widerstandskämpfer), Presseausschnitte und die Protokolle der Sitzungen der FIR, die eine einzigartige Quelle für die Analyse der inneren Diskussionen einer internationalen Verfolgtenorganisation bildeten.

maximilian.becker@oeaw.ac.at

Dr. Maximilian Becker, Lise Meitner-Fellow an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Er arbeitet an einer Studie über die Fédération Internationale des Résistants (FIR) im Kalten Krieg. Von 2017-2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München, 2016-2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, 2014-2015 Research Fellow am Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI). Wichtige Publikationen: Tales of Antifascism. International Survivors' Associations during the Cold War, in: Fascism. Journal of Comparative Fascist Studies 9 (2020) (im Erscheinen); Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939-1945 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 101), München 2014.

Juliette Constantion
(Eberhard Karls Universität Tübingen/Université Aix-Marseille)

Erinnerungspraxen dreier französischen Organisationen von KZ-Überlebenden im internationalen Kontext (1945-2015)

Die Aktivitäten französischer Organisationen von KZ-Überlebenden im nationalen, französischen – politischen, erinnerungsgeschichtlichen und sozialen – Kontext sind seit mehreren Jahren ein eigenes kleines Forschungsfeld. Auch wenn über offene Konflikte zwischen den einzelnen französischen Organisationen, vor allem im Rahmen des Kalten Krieges, ausgiebig geschrieben wurde, ist hingegen eine nuancierte Differenzierung deren Narrative und Aktivitäten weitgehend unerforscht. Darüber hinaus beschränken sich die meisten Studien darauf, diese Organisationen in einem nationalen, französischen Kontext zu untersuchen, während deren internationalen Verknüpfungen und Kontakte bisher wenig Beachtung gefunden haben.

Genau aus diesen zwei Blickwinkeln werden hier drei französische Organisationen ehemaliger KZ-Häftlinge untersucht: die Vereine der KZ Buchenwald-Dora, Dachau und Mauthausen. Am Beispiel der Entwicklung einer Gedenkkultur in den drei Organisationen seit 1945 wird auf deren unterschiedlichen Wege, Narrative und Formen im nationalen und vor allem im internationalen Kontext hingewiesen.

Im Mittelpunkt stehen die konkreten Beziehungen zu den jeweiligen authentischen Orten im Ausland in der Form von „Pilgerfahrten", die seit 1946 organisiert werden und bis heute eine der zentralen Aktivitäten der Organisationen sind. In deren Rahmen begeben sich Überlebende, Angehörige und bald auch Lehrer und Schüler zu den Orten der ehemaligen KZ Buchenwald, Mauthausen und Dachau. Die „Pilger*innen" nehmen dort nicht nur an Gedenkfeiern teil, sondern sie gestalten eigene Gedenkorte und eignen sich den authentischen Ort an. Darüber hinaus sind „freundschaftliche" Treffen mit Überlebenden anderer Länder, auch im Rahmen von internationalen Lagerkomitees, und auch Bürgern der jeweiligen Orte sowie touristische Reisen ein zentraler Bestandteil dieser Fahrten. Durch die Vielfalt der hier untersuchten authentischen Orte und deren Lage im Kalten Krieg – Buchenwald in der DDR, Dachau in der Bundesrepublik und Mauthausen in Österreich –, wird hier beleuchtet, dass die nationalen Organisationen durchaus internationale erinnerungspolitische Akteure sind und wie wichtig der Einfluss dieser internationalen Begegnungen auf deren Gedenkarbeit und Narrative auch im nationalen Kontext bis heute ist.

juliettеconstantin@hotmail.fr

Juliette Constantin studierte in Lyon, Aix-en-Provence und Tübingen Geistes- und Kulturwissenschaften. 2014 absolvierte sie den deutsch-französischen Masterstudienlehrgang „Deutsch-Französische Interkulturelle Studien" mit einer Masterarbeit zum französischen Verein ehemaliger Buchenwald-Überlebenden. Nach mehreren Praktika in Gedenkstätten und einem Freiwilligen Jahr im Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg in Ulm startete sie 2015 mit ihrem Promotionsprojekt zu drei Vereinen ehemaliger KZ-Häftlinge in Frankreich mit Prof. Dr. Johannes Großmann (Tübingen) und Prof. Dr. Nicole Colin (Aix-en-Provence). Sie organisierte mit vier weiteren Nachwuchswissenschaftlerinnen 2016 den 21. Workshop zu Geschichte und Gedächtnis der NS-Lager und -Vernichtungsorte in Aix-en-Provence. Sie ist weiterhin im Gedenkstättenbereich freiberuflich tätig.

Panel 3: Politisches Engagement von Überlebenden im Kontext des Kalten Krieges

Dienstag, 20. April 2021
16:00 – 17:30 Uhr

Chair: Ulrike Lunow (Collegium Carolinum)

---

ulrike.lunow@collegium-carolinum.de

Ulrike Lunow studierte Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaften in Tübingen, Aix-en-Provence und Besançon. Seitdem promoviert sie an der Ludwig-Maximilians-Universität München zu Erinnerungsgeschichte im Kalten Krieg in der Tschecholsowakei und in Frankreich. Seit 2014 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin des Collegium Carolinum, Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei, seit 2020 die Geschäftsführerin des Instituts.

Henning Fauser
(Universität Nantes)

„Haben wir das Recht, unpolitisch zu sein?“ Auseinandersetzungen ehemaliger französischen KZ-Häftlinge über das politische Engagement ihrer Verbände

Die Frage der politischen Haltung ihrer Organisationen hat die französischen KZ-Überlebenden seit ihrer Rückkehr nach Frankreich kontinuierlich beschäftigt. Bereits während der Zeit des Widerstands und der Lagerhaft bestehende politische und ideologische Bruchlinien bestimmten die Ausrichtung der Häftlingsverbände, die ab 1945 gegründet wurden. Diverse Konflikte des Kalten Krieges vertieften diese Gräben, spalteten mehrere Vereinigungen und führten zur Gründung neuer Organisationen.

Anhand der Statuten, Resolutionen und weiterer Verlautbarungen der drei wichtigsten französischen Häftlingsvereinigungen (FNDIRP, UNADIF-FNDIR und ADIR) wird untersucht, wie diese sich zur Frage des politischen Engagements positionierten. Darauf aufbauend werde ich durch die Analyse ihrer Zeitungen Le Patriote Résistant, Le Déporté und Voix et Visages zeigen, in welche politischen Debatten sich die jeweiligen Häftlingsverbände einmischten, insbesondere unter Verweis auf die persönlichen Erfahrungen ihrer Mitglieder als Widerstandskämpfer und/oder KZ-Häftlinge. Schließlich analysiere ich daraus entstandene Divergenzen und Konflikte über die politische Haltung dieser Überlebendenvereinigungen.

Die Beantwortung dieser Fragen wird zudem mit der Darstellung der Strukturen des „mouvement déporté“ in Frankreich verbunden. Dabei wird auf das Verhältnis dieser Verbände untereinander und ihre Verbindungen zu politischen Parteien eingegangen. Da das Wirken einer Vereinigung immer von der konkreten Tätigkeit einzelner Personen bestimmt wird, sollen ebenfalls zentrale Akteure – wie das Führungspersonal dieser Verbände – betrachtet werden.

henning.fauser@gmx.de

Henning Fauser ist maître de conférences an der Universität Nantes. Im Rahmen einer deutsch-französischen Dissertation in Doppelbetreuung (Paris 1 Panthéon-Sorbonne / Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) hat er 2016 seine Promotion zu den Deutschlandwahrnehmungen ehemaliger französischer KZ-Häftlinge in Frankreich (1945-1975) erfolgreich abgeschlossen. Seine Forschungsinteressen sind im Bereich der deutschen Geschichte (20. Jahrhundert), der deutsch-französischen Beziehungen, der kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung und der Untersuchung kollektiver Selbst- und Fremdwahrnehmungen angesiedelt. Konkrete Forschungsthemen sind die Repräsentationen Deutschlands und der Deutschen in Frankreich, die Vereinigungen ehemaliger KZ-Häftlinge und die politische Benutzung der Vergangenheit (politische Mythen, Kollektivsymbole, Topoi).

Johannes Meerwald
(Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt am Main)

Das antifranquistische Gedächtnis der „Federación Española de Deportados e Internados Políticos“ im Exil

Das Paper beleuchtet den Prozess der Herausbildung eines antifranquistischen Gedächtnisses des Verbandes ehemaliger spanischer KZ-Häftlinge „Federación Española de Deportados e Internados Políticos“ (FEDIP) zwischen 1945 und 1975. Die FEDIP bemühte in ihrer Gedenk- und Öffentlichkeitsarbeit nicht lediglich Narrative der eigenen Opferschaft in nationalsozialistischen KZ, sondern vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und dem fortwährenden politischen Exil in Frankreich zudem einen historischen als auch gegenwärtigen Antifranquismus. Daraus lässt sich ein Nexus aus Aktualitätsbezug und Erinnerung ableiten, der dem Exilmilieu, der französischen Öffentlichkeit und Politik, als auch einem internationalen Publikum das persistente Unrecht der Diktatur unter Francisco Franco vor Augen führen sollte. Als Opferverband sah sich die FEDIP als Speerspitze des Kanons der antifranquistischen Bewegung. Um dies zu belegen, werden die geschichts- und erinnerungspolitischen Aktivitäten und Aussagen der FEDIP zwischen der frühen Nachkriegszeit und dem Tode Francos dem kontemporären Geschehen im Exil und in Spanien gegenübergestellt. Erkenntnisse werden hier vornehmlich auf erstmals wissenschaftlich ausgewertete Primärquellen aus dem Archiv des Centro Documental de la Memoria Histórica in Salamanca gestützt, wo der Nachlass der 2006 aufgelösten Organisation verwahrt ist. Die historische Aufarbeitung des republikanischen Exils und der Lagerhaft von Spanierinnen und Spaniern in deutschen KZ kann als junges Forschungsfeld bezeichnet werden. Insbesondere zu den spanischen Überlebendenverbänden fehlen einschlägige Publikationen. Eine Erforschung von Opfervereinigungen wie der FEDIP reflektiert dabei nicht nur die politische, wirtschaftliche und soziale Situation der spanischen Exilanten, sondern ebenso die franquistische Diktatur sowie das weltpolitische Geschehen im Kontext des Kalten Krieges.

johannesmeerwald@web.de

Johannes Meerwald hat an der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Philipps-Universität Marburg Geschichte, Politikwissenschaften und Hispanistik studiert und 2018 seine Masterarbeit mit dem Titel »Spanische Häftlinge im KZ-Komplex Dachau (1940-1945). Deportation, Lagerhaft, Folgen« eingereicht. Nach seinem Studium arbeitete er als freier Mitarbeiter für die KZ-Gedenkstätte Dachau an der Erforschung des KZ-Außenlagerkomplexes-Dachau-Allach. Seit April 2020 arbeitet er an einem Dissertationsvorhaben zur Geschichte der jüdischen Häftlinge, die ab 1944 in das reichsdeutsche KZ-System deportiert und zur Arbeit auf den Großbaustellen zur Verlagerung der deutschen Rüstungsindustrie gezwungen wurden. Er ist mit dem Stiftung Ökohaus Promotionsstipendium an das Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main gebunden.

Kristina Meyer
(Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin)

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) wurde 1948 gegründet, nachdem der SPD-Parteitag eine Mitgliedschaft in der offiziell überparteilichen, aber dennoch als kommunistisch unterwandert geltenden Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) mit einer SPD-Zugehörigkeit für unvereinbar erklärt hatte. Der Zuspruch der zuvor von Verfolgung durch das NS-Regime betroffenen Mitglieder hielt sich in Grenzen: Längst nicht alle folgten dem Beschluss und blieben der VVN verbunden. Die AvS fungierte in den 1950er und 1960er-Jahren vor allem als Beratungs- und Betreuungsinstanz in Entschädigungsverfahren, konnte sich aber nur bedingt als Gesinnungs- und Interessengemeinschaft durchsetzen. Vor allem aber blieb ihr Einfluss innerhalb der SPD äußerst begrenzt: Die verordnete Loslösung von der VVN war nicht nur Ausdruck und Konsequenz des antikommunistischen Abgrenzungsbedürfnisses der SPD, sie diente auch der Einhegung und Kontrolle partikularer Interessen der sozialdemokratischen Verfolgten und damit dem Anspruch innerparteilicher Integration und Geschlossenheit. In den 1970er-Jahren verlor die AvS fast vollends ihre Bedeutung – nicht zuletzt durch interne Streitigkeiten – und musste zugleich erleben, dass die nun erstmals SPD-geführte Bundesregierung keine großen Anstrengungen unternahm, die Entschädigungsgesetze im Sinne der Verfolgten zu verbessern oder deren lange marginalisierten Widerstand gegen das NS-Regime verstärkt zu würdigen. Erst nach Ausstrahlung der US-Fernsehserie „Holocaust“ und in Anbetracht eines wachsenden gesellschaftlichen Interesses an den Schicksalen der NS-Verfolgten wurde die parteieigene Verfolgtenorganisation 1979 mit einer großen Konferenz in München reaktiviert. Ihre inzwischen im Rentenalter angekommenen Mitglieder entwickelten sich zu gefragten Zeitzeug*innen und stießen innerhalb der SPD einen Prozess der kritischen Selbsthistorisierung an.

Die Geschichte der AvS bietet ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, wie die Agency ehemaliger NS-Verfolgter in den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs von übergreifenden parteipolitischen Interessen ebenso wie vom Antikommunismus des Kalten Krieges gehemmt wurde.

k.meyer@bwbs.de

Dr. Kristina Meyer ist seit April 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin. Zuvor war sie für viele Jahre als wissenschaftliche Geschäftsführerin des „Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena beschäftigt, wo sie 2013 mit einer Arbeit über „Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990“ promoviert wurde (erschienen 2015 im Wallstein Verlag). Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus, die Geschichte der Sozialdemokratie, des Antisemitismus sowie der deutsch-israelischen Beziehungen. Sie gehört der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ der Hans-Böckler-Stiftung an und ist seit Juni 2019 Co-Sprecherin des Geschichtsforums beim Parteivorstand der SPD.

Keynote

Brigitte Bailer
(Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, DÖW)

Die Überlebendenverbände: von Solidarität und Selbsthilfe zu Opferkonkurrenz und politischer Instrumentalisierung

Opferverbände entstanden in verschiedener Form und mit teils unterschiedlichen, aber auch ähnlichen Funktionen, wobei der Faktor der gemeinsamen Erfahrung ebenso eine Rolle spielte wie der Versuch zur Bildung einer Interessenvertretung zur Durchsetzung der gemeinsamen Interessen der ehemaligen Verfolgten, wie beispielsweise der Organisation internationaler Medizinerkonferenzen zur Verdeutlichung der allen Opfern gemeinsamen gesundheitlichen Folgeschäden. Der Kalte Krieg beendete die erste Phase auch überparteilicher Kooperationen, die Verbände der politischen Opfer wurden aufgespalten und in der Folge an die politischen Parteien bzw. Kräfte gebunden, sodass eine gemeinsame Durchsetzung von Entschädigungswünschen sowie -ansprüchen verunmöglicht wurde. Damit wurde auch das Tor für wachsende Opferkonkurrenz geöffnet, die geographisch und politisch in unterschiedlicher Form sich bereits nach der Befreiung abgezeichnet hatte. Die Hauptlinie trennte hier politische Opfer von Jüdinnen und Juden, aber auch von sozial ausgegrenzten Opfergruppen, deren Interessen durch die Verbände über Jahrzehnte nicht unterstützt wurden.

bjbailer@aon.at

Brigitte Bailer(-Galanda), Sozialwissenschafterin und Historikerin, Dozentin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, seit 1979 wissenschaftliche Mitarbeiterin, 2004-2014 Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wien. Forschungsschwerpunkte: Verfolgung in der NS-Zeit, Aufarbeitung der NS-Zeit nach 1945, Rechtsextremismus in Österreich.

Chair:

Éva Kovács (Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien, VWI)

eva.kovacs@vwi.ac.at

Prof. Dr., Soziologin. Studium der Ökonomie und Soziologie an der Corvinus Universität Budapest, PhD. 1994, Habilitation 2009. Éva Kovács ist auch Forschungsleiterin im Institut für Soziologie an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Ihre Forschungsfelder sind Geschichte und Geschichtsschreibung des Holocaust in Osteuropa, Gedächtnis- und Erinnerungsforschung, jüdische Identität in Ungarn und der Slowakei und Studien zu Roma und Sinti. Sie hat fünf Monographien verfasst, zehn Bücher herausgegeben, publizierte zahlreiche Artikel in peer-reviewed Journals und kuratierte mehrere Ausstellungen in Budapest, Berlin, Bratislava, Krems, Prag, Warschau und Wien mit. Sie ist die Gründerin des Archivs „Voices of the Twentieth Century" in Budapest. Sie war Mitglied des Internationalen Wissenschaftlichen Beirats des VWI zwischen 2010-2012 und Forschungsleiterin am VWI zwischen 2012 und 2020.

Panel 4: Opfer rassistischer Verfolgung und der Kampf um Entschädigung

Mittwoch, 21. April 2021
14:00 – 15:30 Uhr

Chair: Gerhard Baumgartner
(Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, DÖW)

---

gerhard.baumgartner@doew.at

Gerhard Baumgartner ist ein österreichischer Journalist und Historiker. Er studiert von 1977 bis 1984 an der Universität Wien Geschichte, Anglistik und Uralistik, war von 2000 bis 2003 Projektleiter bei der Österreichischen Historikerkommission und leitete zudem zentrale Projekte zur Geschichte der Roma und Sinti bzw. zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, wie bspw. von 1998 bis 2000 „Roma und Sinti im Burgenland 1945 - 2000. Zur aktuellen Situation einer Volksgruppe“ oder von 2003 bis 2008 die „Namentliche Erfassung der im Nationalsozialismus ermordeten österreichischen Roma und Sinti.“ Seit Mai 2014 ist Gerhard Baumgartner wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen: Widerstand und Verfolgung 1938-1945, Verfolgungsgeschichte der Roma und Sinti, Umgang der Republik Österreich mit der NS-Vergangenheit und die Geschichte der nationalen Minderheiten des Burgenlands.

Kinga Frojimovics
(Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien, VWI)

The Holocaust Library and Research Center of San Francisco. The Beginnings of an American Grassroots Organization of Holocaust Survivors in the USA, in the 1970-80's

In the April of 1982, Lonny Darwin, the librarian of The Holocaust Library and Research Center in San Francisco wrote a letter to Simon Wiesenthal, the head of the Jewish Documentation Center in Vienna, in which she asked for help for a large project of theirs concerning concentration camps. In addition to the request, she offered that by mobilizing the Jewish Holocaust survivors living in California, the Holocaust Library would endeavor to collect information especially about those Nazis and collaborators whom Wiesenthal's office was investigating at the time.

Californian Holocaust survivors, scholars, and educators founded The Holocaust Library and Research Center in September 1979. It operates until today. Its name now is Jewish Family and Children's Services – Holocaust Center, and it went through several institutional changes as its functions had changed. The initiator and driving force behind the creation of the organization was Max Rodriguez Garcia (1924-), a Sephardic Jew born in Amsterdam. He survived several concentration camps and settled in California after the war, where he became a well-known architect. Garcia is still active today and regularly talks about his experiences during the Holocaust in various forums.

In my presentation, through analyzing the documents kept in the archives of the San Francisco Holocaust Center and the Wiesenthal Institute in Vienna, I will explore the characteristics of the establishment of typical grassroots organizations concerning the Holocaust in the late 1970s in the United States, paying a special attention to the local Jewish communal and scholarly contexts.

kinga.frojimovics@vwi.ac.at

Kinga Frojimovics, Ph.D. archivist and historian. Former director of the Hungarian Jewish Archives (Budapest, Hungary) and former head of the Hungarian Section of the Yad Vashem Archives (Jerusalem, Israel). Currently she is project leader at the Vienna Wiesenthal Institute for Holocaust-Studies (Vienna, Austria) of the project entitled "The History of Hungarian Jewish Forced Labour in Vienna, 1944/45" (project I 4666-G of the Austrian Science Fund).

Gaëlle Fisher
(Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, München)

The United Restitution Organization and Romanian Jewish Survivors' Struggle for Compensation from West Germany during the Cold War

The German-Romanian alliance during World War II had highly unequal and ambivalent consequences for the region's Jews. An estimated 250,000 to 380,000 Jews were murdered on territory under Romanian control during World War II, most of them direct victims of Romanian measures and perpetrators. And as Nazi Germany's closest military ally on the Eastern front during World War II, Romania also participated in the Nazi "war of extermination." Yet, remaining sovereign for the duration of the war, Romania also opposed the deportation of most of the Jews of the Romanian "Old Kingdom" to German death camps in 1942.

The Romanian-German relationship and the convergences and divergences of these two states' aims during the Holocaust has seen a great deal of scholarly attention in the decades since the end of World War II. Often overlooked is the fact that scholarship on this issue first developed to try to establish whether Holocaust survivors from Romania should be entitled to West German material compensation (Wiedergutmachung). Indeed, due to the intricacies of West German compensation law (Bundesentschädigungsgesetz 1953 and 1956), among other things, Nazi Germany had to have been responsible for the crimes committed for reparations to be granted. Focusing in particular on the expert reports written by historians from the Institute for Contemporary History in Munich (first and foremost the then employee of the institute Martin Broszat) and the correspondence between him and members of the United Restitution Organization Bruno Fischer and Kurt May, this paper shows how survivor organizations and West German historians worked together to clarify German responsibility for what happened in Romania and the right to compensation for some 40,000 Holocaust survivors from Romania in the 1950s and 1960s. But it also points to the limits of this cooperation and thereby also highlights the difficult relationship, not just between history and the law, but also between survivor historians and West German historians of that generation.

fisher@ifz-muenchen.de

Gaëlle Fisher is a Postdoctoral Researcher at the Center for Holocaust Studies of the Leibniz Institute for Contemporary History in Munich and currently a Postdoctoral Research Fellow at Yad Vashem's International Research Institute for Holocaust Research. She holds a BA, MA and PhD in History from University College London. Her first monograph, Resettlers and Survivors: Bukovina and the Politics of Belonging in West Germany and Israel, 1945-1989 was published with Berghahn Books in 2020. Her current research is for a second book dealing with Jewish responses to persecution in Romania during the Holocaust.

Petre Matei
(Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien, VWI)

Jewish and Roma Survivors' Associations in Communist Romania and their Efforts at German Compensation

Starting with the late 1960s, Romania tried to obtain West German compensation for its Jewish and Roma victims of the Holocaust. Generally, Romanian authorities viewed the Holocaust victims merely as a number of people whose persecutions could be capitalized on. The institution in charge was Securitatea (CSS), the notorious Romanian secret police which tried to use the Federation of Jewish Communities of Romania (FCER). The latters's role was initially reduced to execution although FCER wanted a more direct involvement. For a long time, FCER was not even considered or informed about the CSS strategy. Only late, in the summer of 1969, against the background of the first attempts to contact the German authorities, did CSS tacitly acknowledge its initial error and began to give FCER a more important role. In general, both the CSS and FCER hoped that they would somehow manage to convince the Federal Government to make use of Article 239 of BEG, i.e. the authorization to negotiate with groups of victims which otherwise did not fulfil the territoriality condition.

In a highly disadvantageous position, unrecognized as an ethnic minority, Roma activists nevertheless tried to find a basis for discussion with the Romanian state. They mimicked the official language of social assimilation in the hope of gaining greater leeway to realize their own ethnic aims. To achieve these aims, they used external opportunities– especially connections to the international Roma movement and its discussions about Holocaust compensation for Roma after 1981. As soon as some Romanian Roma became connected to this international movement, the Romanian authorities became aware of this possible compensation. Unlike the sustained efforts made by the Romanian state in the 1970s, however, the authorities showed much less interest in this matter. They preferred to assist the Roma's efforts without getting actively involved.

petre.matei@vwi.ac.at

Petre Matei is a researcher at the Elie Wiesel National Institute for the Study of the Holocaust in Romania. He held a DAAD scholarship in 2006 and a Tziporah Wiesel fellowship at the USHMM in 2012. Between January and July 2021, he is a research fellow at the Vienna Wiesenthal Institute for Holocaust-Studies (VWI). He is the author of articles on the history of the Roma, member in several research projects, project coordinator of The Roma survivors of Deportations to Transnistria project. His research interests focus on Roma history, the Holocaust, compensation, and memory.

Panel 5: Erinnerungen weiblicher KZ-Häftlinge und das Streben nach einer Bestrafung der NS-TäterInnen

Mittwoch, 21. April 2021
16:00 – 18:00 Uhr

Chair: Philipp Rohrbach (Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien, VWI)

---

philipp.rohrbach@vwi.ac.at

Philipp Rohrbach, MA, Historiker, Studium der Geschichte, Slawistik und Zeitgeschichte an der Universität Wien, wo er gerade an seiner Dissertation arbeitet. Seit 2010 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI) tätig, darüber hinausgehend Mitarbeiter bzw. Kurator diverser Ausstellungen und Projekte, u.a. recollecting (MAK, 2008), Goldscheider (LBI NY, 2009), Kampf um die Stadt (Wien Museum, 2009), SchwarzÖsterreich. Die Kinder afroamerikanischer Besatzungssoldaten (Volkskundemuseum Wien, 2016), Ungarisch-jüdische Zwangsarbeit in Wien 1944/45 (VWI, 2015-2018), Lost in Administration. Die Geschichte der Kinder afroamerikanisch Gis in Österreich (Universität Salzburg, 2015-2017), gegenwärtig gemeinsam mit Mag. Adina Seeger und Tom Juncker, MA für das Projekt Austrian Heritage Archive (Verein Gedenkdienst/VWI) zuständig. Forschungsinteressen: Österreichisch-Jüdische Emigration in die USA und nach Palästina/Israel, Oral History, Kinder des Krieges, Rassismus nach 1945 und Adoption-Studies.

Pavla Plachá
(Ústav pro studium totalitních režimů - Institut für das Studium totalitärer Regime)

Das Gedenkmonopol der ehemaligen tschechoslowakischen kommunistischen Häftlingsfrauen des Konzentrationslagers Ravensbrück, seine Veränderungen und Konsequenzen

Der Beitrag befasst sich mit dem Entstehen und der Veränderungen des offiziellen Ravensbrücker Narrativs in der Tschechoslowakei und setzt sich mit seinen Auswirkungen auf die heutigen Wahrnehmung des Themas der nationalsozialistischen Verfolgung in der Tschechischen Republik auseinander.

Fünfzehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erschien in der Tschechoslowakei ein Buch mit dem Titel „Ravensbrück", das sich der Geschichte des zentralen nazistischen Frauen-Konzentrationslagers widmete. Herausgegeben wurde es von dem Verband der Widerstandskämpfer, in dem nach dem kommunistischen Umsturz 1948 die Organisationen der ehemaligen politischen Häftlinge und anderer Widerstandskämpfer zusammengefasst waren, inklusive der „Vereinigung der ehemaligen Häftlinge – Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück". Der Verband war eine Interessensorganisation, die politisch auf der Seite des herrschenden Regimes stand. Seine Mission war „die Weiterführung des antifaschistischen Widerstandskampfes, für Frieden und Sozialismus, die Erziehung zum sozialistischen Patriotismus und die Festigung der internationalen Solidarität der antifaschistischen Widerstandskämpfer". Die Verbreitung der „historischen Wahrheit", die ebenso als Ziel erklärt war, bedeutete in der Praxis eine einseitige Interpretation der historischen Ereignisse nach den Vorgaben der Partei.

Die kollektive Monografie Ravensbrück folgte ganz diesem Konzept. Ihr ideologischer Rahmen geht aus der Atmosphäre des Kalten Krieges zwischen Ost und West hervor. Der Band reagierte auf die angebliche „Wiederbelebung nationalsozialischer Tradition" und die „Aktivierung revanchistischer Kräfte" im Westen, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Die Autorinnen des Sammelbands waren sieben ehemalige Ravensbrücker Häftlingsfrauen, die zur Zeit der Herausgabe Mitglieder der Kommunistischen Partei waren. Ihre weltanschauliche Verankerung war authentisch, die Ideologie im Text ist keine bloße Formalität, sondern sie durchdringt in verschiedenem Maße alle seine Teile und bildet zugleich eine seiner wesentlichen Beschränkungen.

Das durch die erwähnte Publikation repräsentierte offizielle Ravensbrücker Narrativ wurde bis auf teilweise Versuche zu Ende der 1960er-Jahre in der Zeit des kommunistischen Regimes nicht Gegenstand öffentlicher Diskussion. Seine privilegierte Position durfte erst nach dem Fall des Regimes in der Tschechoslowakei 1989 revidiert werden. Seit dieser Zeit ist aber seitens der tschechischen historischen Forschung bis heute zu diesem Thema keine synthetisierende Arbeit erschienen.

pavla.placha@ustrcr.cz

Mgr. Pavla Plachá, Ph.D., geboren 1976 in Ústí nad Labem. Studierte Germanistik und Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Prager Karlsuniversität, Abschluss im Jahr 2000. Arbeitete im Büro für die NS-Opfer des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds. 2019 promovierte sie an der Philosophischen Fakultät der Universität Hradec Králové mit einer Dissertation zum Thema Tschechoslowakische Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück. Derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin der Abteilung für Erforschung der Widerstandsbewegung 1938-1945 am Institut für das Studium totalitärer Regime (ÚSTR).

Helga Amesberger / Brigitte Halbmayr
(Institut für Konfliktforschung, Wien) / (Institut für Konfliktforschung, Wien)

Die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück. (K)ein feministischer Verband im Dienste der Erinnerungspolitik

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“, dem fühlten und fühlen sich auch die Aktivistinnen der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück (ÖLGR) zutiefst verpflichtet. Die Gründung der Lagergemeinschaft im Mai 1947 und ihr Wirken bis heute sind, wie Amesberger und Lercher in ihrem Buch „Lebendiges Gedächtnis“ (2008) analysiert haben, von zwei Umständen stark geprägt: von politischen Konjunkturen und frauenpolitischen Anliegen.

In unserem Beitrag fokussieren wir zum einen auf die in den Gründungsdokumenten proklamierte Überparteilichkeit der ÖLGR und die Berufung auf den „Geist der Lagerstraße“. Wir gehen der Frage nach, wie sich diese – vor dem Hintergrund (inter-)nationaler politischer Entwicklungen –in Ein- und Ausschlüssen von Überlebenden des Frauenkonzentrationslagers sowie der inneren Kohärenz des Vereins spiegeln.

Es ist das Verdienst der ÖLGR, dass der Widerstand und die Verfolgung von Frauen sowie das Frauenkonzentrationslager Teil der österreichischen Erinnerungskultur wurden. Wir werden dies anhand einiger zentraler Aktivitäten der ÖLGR aufzeigen. In Verbindung damit forderte die ÖLGR politische und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen. Aber bedeutet dies auch, dass die Überlebenden feministische Erinnerungspolitik betrieben? Eine Annäherung an diese Frage versuchen wir über die in einer Ausstellung und den Publikationen der ÖLGR vermittelten Geschlechterbilder. Des Weiteren ziehen wir zentrale Dokumente des Vereins (Statuten, Protokolle der Bundestreffen, Mitteilungsblätter) als empirische Basis für unseren Vortrag heran.

helga.amesberger@chello.at / brigitte.halbmayr@ikf.ac.at

Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr sind promovierte Politikwissenschafterinnen am Institut für Konfliktforschung in Wien. Sie lehren auch an mehreren österreichischen Universitäten. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die nationalsozialistische Verfolgung von Frauen, Oral History und Erinnerungspolitik. Ihre neueste Publikation: Stigma asozial. Geschlechtsspezifische Zuschreibungen, behördliche Routinen und Orte der Verfolgung im Nationalsozialismus, gemeinsam mit Elke Rajal, Wien 2020.

Sie sind seit 2005 Vorstandsmitglieder der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen.

Nadine Jenke
(Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Flexibilität und Synergien. NS-Verfolgte und die Teilhabe an der Strafverfolgung von NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten

Das Engagement in der Strafverfolgung von NS-Verbrechen wurde nach 1945 für einige Überlebende in den drei Nachfolgestaaten BRD, DDR und Österreich zu einem Lebensthema. Während ihre Nachkriegsbiografie vielfach Brüche aufwies, sie teilweise mehrfach beruflich wie privat neu anfingen, bildete die Beteiligung an und kritische Beobachtung von Ermittlungs- und Strafverfahren eine Konstante. So war der während des Nationalsozialismus als jüdisch Verfolgte Franz Unikower in der SBZ Deutschlands Richter in NS-Prozessen, nach seiner Flucht in die BRD agierte er u.a. als langjähriger Prozessbeobachter für den Zentralrat der Juden in Deutschland. Der ehemalige politische Häftling Rudolf Wunderlich untersuchte nach Kriegsende als Kriminalkommissar in Leipzig NS-Verbrechen. Nachdem er aus dem Beruf herausgedrängt wurde, stand er als Mitarbeiter des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer im engen Austausch mit der Generalstaatsanwaltschaft der DDR bei westdeutschen Rechtshilfeersuchen und war selbst regelmäßig Zeuge in bundesrepublikanischen und österreichischen Prozessen.

Der Vortrag zeigt anhand von Fallbeispielen mit Schwerpunkt auf den deutsch-deutschen Kontext auf, wie NS-Verfolgte durch flexible Anpassungen bzw. Neuausrichtungen ihrer sozialen Rollen ihre Partizipation an der Strafverfolgung über Jahrzehnte gewährleisten konnten. Innerhalb des sich hieraus ergebenen Handlungsraums generierten sie insbesondere durch die intensive Nutzung netzwerkartiger Kommunikationsstrukturen Handlungsdruck: Beispielsweise stand Wunderlich kontinuierlich in einem Schriftwechsel zu Taten und Tätern des KZ Sachsenhausen mit Harry Naujoks, der mehrere Ämter in sich vereinte und u.a. Vorsitzender des Sachsenhausen-Komitees für die Bundesrepublik und Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gewesen ist. Der persönliche Kontakt, der vielfach auf gemeinsamen Haftzeiten beruhte, ermöglichte nicht nur die Addition der jeweiligen rollenbezogenen Handlungsmöglichkeiten. Es beförderte zudem die Aktivierung der organisatorischen Ressourcen verschiedener Verfolgtenzusammenschlüsse. Angesichts des dezidiert transnationalen Charakters der Austauschbeziehungen konnten ferner bürokratische wie politische Hürden der deutschen Teilung überwunden werden. In summa konnten NS-Verfolgte durch flexibles, synergieorientiertes Handeln systematisch Einfluss auf justizielle Ahndungen von NS-Verbrechen nehmen.

nadine.jenke@uni-jena.de

Nadine Jenke, Doktorandin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Promotionsstipendiatin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In ihrem Dissertationsprojekt untersucht sie NS-Verfolgte als Akteure der Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik, DDR und in Österreich. Von 2018-2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, 2016-2018 Ausstellungsassistentin im Museum im Kulturbrauerei Berlin, 2014-2016 wissenschaftliche Volontärin der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Wichtige Publikationen: (Trans-)zonale Strafverfolgung von NS-Verbrechen. Ermittlungsnetzwerke der Zentralkomitees der befreiten Juden in den westlichen Besatzungszonen, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung, Jg. 3 (2022), H. 3 (in Vorbereitung); Überlebende als Verteidiger von NS-Belasteten in der SBZ, in: Christopher Banditt/Nadine Jenke/Sophie Lange (Hg.): Die DDR im Plural. Eine zeitgeschichtliche Themenreise, Berlin 2022 (in Vorbereitung).

Katharina Stengel
(Fritz Bauer Institut, Frankfurt/M.)

Die Rolle der Überlebenden in den bundesdeutschen Auschwitz-Prozessen

Die ehemaligen KZ-Häftlinge und Überlebenden der Shoah hatten in der Nachkriegszeit nicht viele Möglichkeiten, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, die Öffentlichkeit über die Verbrechen aufzuklären und an ihre ermordeten Angehörigen zu erinnern. Eine der Möglichkeiten war die Beteiligung an Strafverfahren gegen die Täter, meist in der Rolle von Zeuginnen und Zeugen. Tausende von Überlebenden, überwiegend aus dem Ausland, sagten in den bundesdeutschen (und auch österreichischen) Straf- und Ermittlungsverfahren als Zeugen aus und nahmen dafür erhebliche Belastungen in Kauf. Aufgrund der Spezifik der Verbrechen, aber auch aufgrund der Rechtsprechungsgrundlagen und -praxis westdeutscher Gerichte, hatten ihre Aussagen eine zentrale Bedeutung für die Überführung der Angeklagten. Zugleich stießen ihre Erzählungen vor Gericht auf großes Misstrauen: Ihre Glaubwürdigkeit stand immer in Zweifel, weil sie als zu stark involviert, als rachsüchtig und voreingenommen galten. Besondere Vorbehalte gab es gegen alle Zeugen aus Osteuropa, denen Absprachen und politisch motivierte Falschaussagen unterstellt wurden, sowie gegen die jüdischen Überlebenden, die als besonders traumatisiert galten. Dennoch trugen die Überlebenden mit ihren Zeugenaussagen nicht nur zur Verurteilung zahlreicher Täter bei, sondern auch zur historischen Aufklärung und zur öffentlichen Wahrnehmung der Verbrechen.

Die ehemaligen Verfolgten waren aber nicht nur als Zeuginnen und Zeugen an den Prozessen beteiligt, sondern vielfach auch im Vorfeld, bei der internationalen Zeugensuche, bei der Suche nach Belastungsmaterial und nach den Beschuldigten. Hier waren Organisationen wie das Internationale Auschwitz-Komitee und der World Jewish Congress tätig, die verschiedene Gruppen von Überlebenden vertraten und auch untereinander, insbesondere im Kontext der Kalten-Kriegs-Auseinandersetzungen, in Konflikt standen.

Im Rahmen des Workshops stelle ich einige Ergebnisse des Forschungsprojekts „Opferzeugen in NS-Prozessen“ vor, das 2016 bis 2020 am Fritz Bauer Institut in Frankfurt/M. und dem Simon-Dubnow-Institut in Leipzig lief. Insbesondere fokussiert der Beitrag auf die Rolle der Auschwitz-Überlebenden in den bundesdeutschen Auschwitz-Prozessen.

KatharinaStengel@gmx.de

Dr. Katharina Stengel, Studium der Geschichtswissenschaft, Soziologie und politischen Wissenschaften an der Universität Frankfurt am Main 1995-2000. Promotion an der Ruhr-Universität Bochum 2012 mit einer Arbeit zu „Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den politischen Konflikten der Nachkriegszeit“. Wissenschaftliche Mitarbeit am Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt/M. in Forschungs- und Ausstellungsprojekten zu NS-Prozessen, zu Enteignung, Entschädigung und Restitution, zur Arbeit von Verfolgtenverbänden und Lagerkomitees. Lokalhistorische Studien, u.a. zur „Schwalm im Nationalsozialismus“. Bis Juli 2020 Durchführung des Forschungsprojekts „Opfer-Zeugen in NS-Prozessen“ am Simon-Dubnow-Institut und am Fritz Bauer Institut; zuletzt Entwurf eines Forschungsprojekts zur „Geschichte der VVN 1946 bis 1968“.